Stadt Bergisch Gladbach
Der Bürgermeister
Federführender Fachbereich
Schulen

Beschlussvorlage

Drucksachen-Nr. 0499/2014
öffentlich

Gremium	Sitzungsdatum	Art der Behandlung
Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport	26.11.2014	Entscheidung

Tagesordnungspunkt

Aufnahme in eine städtische Schule, Festlegung nach § 46 Abs. 6 SchulG

Beschlussvorschlag:

Die Stadt Bergisch Gladbach als Schulträger legt gemäß § 46 Abs. 6 SchulG fest, dass Schülerinnen und Schülern, die in Ihrer Gemeinde eine Schule der gewählten Schulform besuchen können, die Aufnahme verweigert wird, wenn die Zahl der Anmeldungen an der gewünschten Schule in Bergisch Gladbach die Aufnahmekapazität der Schule übersteigt.

Sachdarstellung / Begründung:

Mit dem 10. Schulrechtsänderungsgesetz ist der § 46 Abs. 6 des Schulgesetzes neu gefasst worden. Die Änderung ist am 01.08.2014 in Kraft getreten und hat folgenden Wortlaut:

Der Schulträger kann festlegen, dass Schülerinnen und Schülern, die in ihrer Gemeinde eine Schule der gewählten Schulform im Sinne des § 10 besuchen können, die Aufnahme verweigert wird, wenn die Zahl der Anmeldungen die Aufnahmekapazität der Schule übersteigt.

Die Verwaltung schlägt vor, von dieser Möglichkeit Gebrauch zu machen und zeigt nachfolgend auf, welche Wirkung die Festlegung entfalten würde.

Gegenüber Gemeinden, die selbst nicht alle Schulformen vor Ort anbieten können, bleibt die Wirkung weitgehend aus. Alle Schülerinnen und Schüler, die in Ihrer Heimatgemeinde ein bestimmtes Schulangebot nicht vorfinden, müssen diskriminierungsfrei Zugang zu eben diesem Schulangebot in Bergisch Gladbach erhalten. Es gelten die gleichen Zugangsvoraussetzungen wie für Kinder aus Bergisch Gladbach. Die Festlegung hat somit keine Wirkung gegenüber Kindern aus Kürten, die um einen Platz an unserer Hauptschule, unseren Realschulen und unseren Gymnasien nachsuchen. Unsere Schulen dürfen diese Kinder nicht gegenüber Kindern aus Bergisch Gladbach benachteiligen.

Kinder aus Nachbarkommunen, die selbst alle oder fast alle Schulformen vor Ort anbieten, dürfen dann gegenüber Kindern aus Bergisch Gladbach benachteiligt werden, wenn die entsprechende Schule in Bergisch Gladbach einen Anmeldeüberhang hat. Die Festlegung würde somit gegenüber allen einpendelnden Schülerinnen und Schülern aus Köln und Leverkusen wirken, die alle Schulformen auch in ihrer Heimatstadt vorfinden. Kinder aus Overath, Rösrath oder Odenthal wären dann von der Regelung betroffen, wenn sie in Bergisch Gladbach eine Schulform wählen, die auch dort angeboten wird. Jede dieser Nachbargemeinden trägt ein Gymnasium, Rösrath und Odenthal auch eine Realschule. In diesen Fällen wäre eine Benachteiligung möglich. Der Zugang zur Hauptschule und den Gesamtschulen muss aber weiterhin diskriminierungsfrei ermöglicht werden.